

Fünzig Jahre Arbeiterwohlfahrt

Die soziale Ausgestaltung der Demokratie stellt sich heute als eine Aufgabe dar, deren staatspolitische Bedeutung unumstritten erscheint. Bei der Lösung der zahlreichen Probleme im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik sind die Verwaltungen und politischen Instanzen darauf angewiesen, daß sie im freien gesellschaftlichen Raum mit Partnern zusammenarbeiten können, die nicht nur von der sachlichen Notwendigkeit ihrer Mitwirkung, sondern auch von der prägenden Kraft solidarischen Handelns überzeugt sind.

Als der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 13. Dezember 1919 die Gründung des „Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt“ beschloß, wurde ein Werk der praktischen Solidarität ins Leben gerufen, das alle Stürme der wechselvollen deutschen Geschichte überstanden hat. So ist es verständlich, daß die Teilnehmer der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt, die aus Anlaß ihres 50. Geburtstages vom 29. Oktober bis 2. November 1969 in der Berliner Kongreßhalle stattfand, in einem eindrucksvoll erneuerten Bekenntnis zum Gedanken der sozialen Gerechtigkeit mit innerer Genugtuung auf die erfolgreiche Tätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten verwiesen.

Ihre besondere Note erhielt die Berliner Konferenz durch die Tatsache, daß zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt ein regierender deutscher Kanzler begrüßt werden konnte. Bundeskanzler *Willy Brandt* überbrachte die Grüße und Glückwünsche von Bundesregierung und SPD, ein Ereignis, dessen Symbolkraft offensichtlich war.

Impulse der sozialistischen Bewegung

Stellt man die Frage nach den Impulsen, die zur Entstehung der Arbeiterwohlfahrt beigetragen haben, so scheinen besonders drei Faktoren maßgebend zu sein:

die Impulse, die von der sozialistischen Bewegung ausgingen,

die Aktivitäten der Frauenbewegung und

der glückliche Umstand, daß sich in Marie Juchacz eine Persönlichkeit fand, die die gärenden Ideen in die Tat umsetzte.

Stützen wir unsere Betrachtung zunächst auf den letzten Punkt, auf den Menschen, der initiativ wurde, um den Willen zur Tat werden zu lassen. Dabei neigen wir keineswegs der Betrachtungsweise zu, daß die Geschichte einfach von Menschen „gemacht“ wird. Wir wissen sehr gut von den geschichtsprägenden wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Kräften. Aber damit sind oft nur Voraussetzungen gegeben für die auslösende Aktion einer Persönlichkeit, die die Geschichte gewissermaßen bereithält.

Marie Juchacz wurde am 15. März 1879 geboren. In diesem Jahr jährte sich also auch ihr 90. Geburtstag. Sie kam früh mit dem sozialen Elend der Arbeiterschaft in Berührung und schloß sich der Sozialdemokratie an. In Westpreußen aufgewachsen, hätte sie ihre Lehrzeit in Berlin und wurde 1913 als Frauensekretärin des SPD-Bezirks Übere Rheinprovinz nach Köln berufen. 1917 holte sie *Friedrich Ebert* als Frauensekretärin in den Parteivorstand nach Berlin zurück. Damit war die Basis geschaffen, von der aus eine gestaltende politische Tätigkeit möglich war. Nach ihrer Wahl in die Weimarer Nationalversammlung kam sie mit dem großen Strom der Geschichte in Berührung. Und hier ist der Anknüpfungspunkt an den zweiten Faktor gegeben, der für unsere Betrachtung von Bedeutung ist. Marie Juchacz war die erste Frau, die in einem deutschen Parlament das Wort ergriff. Die große Bedeutung dieser Stunde hat sie bei ihrer Rede in der Nationalversammlung wohl erfaßt. Sie sagte damals:

„Es ist das erste Mal, daß in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volk sprechen darf, und ich möchte hier feststellen ..., daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die Vorurteile überwunden hat. . . Wir deutschen Frauen schulden dieser Regierung nicht etwa im hergebrachten Sinne Dank . . . Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu unrecht vorenthalten war.“

Friedrich Stampfer, der damalige Chefredakteur des *Vorwärts*, schrieb über diese Rede: „Es war ein geschichtlicher Augenblick, als... in der Nationalversammlung von Weimar zum erstenmal eine Frau die Rednertribüne einer Volksvertretung betrat.“

Der dritte Faktor, der zur Entstehung der Arbeiterwohlfahrt beitrug, war der Impuls, der von der sozialistischen Bewegung ausging. Es gab vor dem ersten Weltkrieg unglaubliche soziale Mißstände, die behoben werden mußten. Zwar hatten Frauen aufgrund der alten Kinderschutzgesetzgebung von 1903 schon in einigen Städten Kinderschutzkommissionen gegründet, um die schlimmsten Formen der Ausbeutung zu beseitigen. Aber jetzt galt es, neue und wirksamere Aktivität zu entfalten.

Der Geist der Wohlfahrtspflege bedurfte dringend einer Reform. Zu sehr hatte sich der Gedanke eingebürgert, daß im Sinne der Armenpflege den Bedürftigen durch Almosen geholfen werden könne, die die Reichen erübrigen. Die sozialistische Bewegung stellte dieser Auffassung den Geist der Solidarität gegenüber, der mitmenschliches Handeln als soziale Verpflichtung ansieht. So wurde die Idee der Arbeiterwohlfahrt geboren.

Selbsthilfe der Arbeiterschaft

Die Richtlinien der Arbeit waren, klar und einfach. Friedrich Ebert, der Reichspräsident, hatte das Motto geprägt: „Arbeiterwohlfahrt — das ist die Selbsthilfe der Arbeiterschaft.“ Und in Anlehnung an dieses Motto heißt es in den ersten Arbeitsrichtlinien, daß die Arbeiterwohlfahrt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege bezwecke.

Dem ersten Hauptausschuß unter dem Vorsitz von Marie Juchacz gehörten zahlreiche Persönlichkeiten an, die in der Politik der Weimarer Zeit eine Rolle spielten, so z. B. die Abgeordnete der Nationalversammlung *Elfriede Ryneck*, die auch ehrenamtliches Mitglied des Parteivorstandes war, *Gertrud Hanna*, die Frauensekretärin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Karl Schulz* vom Verband der Krankenkassen, Generalkonsul *Schlesinger*, Dr. *Hans Caspary* und *Hedwig Wachenheim*. Im Jahr 1922, nach der Vereinigung mit den Unabhängigen Sozialdemokraten, kamen noch die Reichstagsabgeordnete *Anna Nemitz*, die auch Mitglied des Parteivorstandes war, und der Sozialhygieniker Dr. *Julius Moses* in den ersten Hauptausschuß. In dem zusätzlich geschaffenen Beirat waren ebenfalls bedeutende Persönlichkeiten aus Politik und Ver-

waltung, Gewerkschaft und Wissenschaft tätig, so z. B. die spätere Berliner Bürgermeisterin *Louise Schröder*.

Die Leistungen der Arbeiterwohlfahrt, die in der Weimarer Zeit erreicht und vollbracht wurden, waren beachtlich. Die jetzige Vorsitzende, *Lotte Lemke*, hat sie im Handbuch der Sozialerziehung wie folgt dargelegt:

„Nach einem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch der Monarchie begann die Arbeiterwohlfahrt ihre Arbeit auf einem Trümmerfeld. Der Helferwille der von ihrer Reformidee beflügelten Helfer äußerte sich in vielfältigen Aktionen. Zuerst galt es, die bittere Not abzuwenden und Aufgaben unmittelbarer praktischer Hilfe in Angriff zu nehmen ... Besonders wichtig für die damalige Zeit war aber die Veranstaltung von Einführungs- und Fortbildungskursen und sogenannten Reichsspitzenkursen. Diese Schulungskurse, die auch bis hinunter auf die örtliche Ebene durchgeführt wurden, sollten Männern und Frauen aus der Arbeiterschaft Gelegenheit geben, sich auszubilden für die Mitwirkung in den sozialen Ausschüssen der Kommunen und für die Aufgaben des Vormundes, des Gemeindevorstandes, der Schöffen und der Arbeit mit Straffälligen. Diese Männer und Frauen aus der Arbeiterschaft betreten hier weitgehend Neuland, denn zur Zeit der Monarchie waren Angehörige der Arbeiterschaft weitgehend von derartigen Funktionen ausgeschlossen.“

Soziale Berufsausbildung

Das Problem der sozialen Berufsausbildung war ein Zentralthema der jungen Organisation. Bereits auf der Görlitzer Konferenz — der ersten Reichskonferenz — im Jahre 1921 wurde die verstärkte Ausbildung von sozialen Berufskräften gefordert. Ein damaliger Beschluß verlangte neben Ausbildungsförderung und Stipendien auch die Einrichtung von Halbtagsstellen, damit begabte junge Menschen aus der Arbeiterjugend eine Wohlfahrtsausbildung erhalten konnten. Im Jahre 1928 konnte die Arbeiterwohlfahrt in Berlin eine eigene Wohlfahrtsschule errichten. Sie war die erste Einrichtung dieser Art, deren Studierende in überwiegender Zahl einen Volksschulabschluß mitbrachten.

Bereits in ihren ersten Richtlinien von 1919 hatte sich die Arbeiterwohlfahrt sechs Hauptaufgaben gesetzt, von denen eine lautete: „Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durchdringung.“ In Anlehnung an diese Forderung war die Arbeiterwohlfahrt auch damals bereits an den Diskussionen über die Gesetzgebung beteiligt. Der Hauptausschuß nahm unmittelbar über Marie Juchacz und andere Abgeordnete Einfluß auf die großen Wohlfahrtsgesetze der zwanziger Jahre, u. a. auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und die Fürsorgepflichtverordnung von 1924, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Auf der Görlitzer Konferenz 1921 hatte *Helene Simon* in ihrem Referat u. a. ausgeführt:

„Die Wohlfahrtspflege ist ihrer Natur nach unpolitisch. Die Art ihrer Ausführung sowie das Tempo ihrer Erfüllung ist jedoch von politischen Voraussetzungen abhängig.“

Als am 1. Oktober 1926 die erste Nummer der Zeitschrift *Arbeiterwohlfahrt* erschien, war ein Sprachrohr geschaffen, das auch die politischen Voraussetzungen für die Organisation verbessern sollte. Inzwischen nämlich hatten sich, wie Marie Juchacz im Vorwort der ersten Nummer ausführt, „die Führer der konfessionellen Wohlfahrtsverbände ... den zeitunglosen Zustand der Arbeiterwohlfahrt zunutze“ gemacht, „um in wirklich und scheinbar grundsätzlichen Meinungsäußerungen ihre Machtposition zum Nachteil der sozialistischen Anschauung zu wahren und zu stärken.“

Die Arbeiterwohlfahrt war nicht wie heute Gleiche unter Gleichen, eingebettet in eine Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, sondern mußte hart um ihre Stellung mit den alteingesessenen Verbänden kämpfen.

Über die Stellung der Arbeiterwohlfahrt im gesellschaftlichen und politischen Raum hat es immer wieder interessante Diskussionen gegeben. Helene Simon prägte 1926 den Satz:

„Die Arbeiterwohlfahrt, die bei Ausübung der Wohlfahrtspflege weder nach dem politischen Bekenntnis noch nach der Konfession, weder nach Stand noch Stellung fragt (Juchacz), sondern nur die Notlage und die Mittel der Abhilfe prüft (unter Berücksichtigung politischer oder konfessioneller Gegebenheiten und Wünsche), ist das Gebilde, das sich die Sozialdemokratie zur Gestaltung der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege im Geiste sozialistischer Weltanschauung geschaffen hat.“

Dieser Gedankengang ist auch 1945, nach den zwölf dunklen Jahren der Verfolgung durch das Hitlerregime, in der Organisation lebendig, findet aber einen neuen organisatorischen Ausdruck. Während sie bei ihrer Gründung am 13. Dezember 1919 eine Gliederung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war, sieht sich die Arbeiterwohlfahrt beim Neubeginn ihrer Arbeit Anfang 1946 als selbständige wohlfahrtspolitische Organisation, die jedoch die sozial- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD bejaht. Von dieser Orientierung her bezieht sie dann auch Stellung zu den aktuellen sozialen Fragen.

Zielsetzung blieb unverändert

Man darf von der Arbeiterwohlfahrt sagen, wie es auf der Bundeskonferenz in Essen 1967 unterstrichen wurde, daß sie alle Wandlungen miterlebt und an sich selbst vollzogen hat, die sich im fürsorglichen Denken in den letzten fünfzig Jahren in Deutschland ergeben haben. Sie ist, wie der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, *Heinz Kühn*, in Essen sagte, „... mit einer Zielsetzung angetreten, die im Kern bis in unsere Tage unverändert geblieben ist, mögen sich die Akzente ihrer Arbeit der jeweiligen gesellschaftlichen Situation entsprechend geändert haben. Diese Zielsetzung entsprang der Solidarität mit allen Notleidenden, dem engen solidarischen Miteinander der Arbeiterschaft in gegenseitiger Hilfe ...“

Als der Name „Arbeiterwohlfahrt“ 1946 wieder gewählt wurde, war man sich darüber im klaren, daß er nicht mehr genau das zum Ausdruck bringt, was er ursprünglich bedeutete. Zu den von der Organisation Betreuten zählen heute nicht mehr ausschließlich Arbeiter, sondern alle Schichten der Bevölkerung. Aber es war richtig, den traditionellen Namen beizubehalten, weil dadurch die Kontinuität der Zielsetzung und des Grundanliegens deutlich unterstrichen wurde.

Vor 1933 bestand keine eigene Mitgliederorganisation. Die Arbeit stützte sich auf über 135 000 ehrenamtliche Helfer. Heute ist die Arbeiterwohlfahrt eine Mitgliederorganisation. Sie zählt 350 000 Mitglieder und 60 000 ehrenamtliche Mitarbeiter aus allen Bevölkerungsschichten.

Ein Vergleich der Richtlinien aus dem Gründungsjahr mit den Richtlinien von 1959 zeigt den Wandel in der inneren Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt. Im Gründungsjahr 1919 waren zwei Grundsätze ausschlaggebend: Durchdringung der Wohlfahrtspflege mit der sozialen Auffassung der Arbeiterschaft durch ehrenamtliche Mitarbeiter weiterer Kreise der Arbeiterschaft, die bis dahin von der Sozialarbeit ausgeschlossen war. Hinzu kam als Beschluß der Görlitzer Konferenz die selbständige Inangriffnahme praktischer sozialer Aufgaben. In den neuen Grundsätzen von 1959 heißt es:

„Die Arbeiterwohlfahrt beruht auf den humanitären und ethischen Grundlagen des freiheitlichen demokratischen Sozialismus. Sie ist politisch unabhängig. Ihre Aufgabe wird getragen von dem Gedanken der Toleranz und dient den rat- und hilfeschendenden Angehörigen aller Bevölkerungsschichten ohne Rücksicht auf deren politische, rassische oder konfessionelle Zugehörigkeit. Die Arbeiterwohlfahrt erstrebt die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege im Rahmen einer den Aufgaben der Gegenwart gerecht werdenden Sozialordnung. Sie fordert auch für das Gebiet der Wohlfahrtspflege die vorrangige Verantwortlichkeit von Kommunen und Staat. Sie legt entscheidenden Wert auf ein gutes Verhältnis zwischen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der freien Wohlfahrtspflege müssen dabei gewahrt bleiben. Aus der Überzeugung heraus, daß die sozialen Hilfen in unserer Zeit Akte mitbürgerlicher Verantwortung sind, erstrebt die Arbeiterwohlfahrt die Mitwirkung breiter Bevölkerungsschichten in der praktischen Durchführung der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Auf diesem Wege will sie dazu beitragen, daß in der Praxis der sozialen Arbeit und durch sie die Würde des Menschen geachtet, seine Selbstverantwortung und seine persönliche Freiheit gestärkt und erweitert werden.“

Aktivität der Frauen

Wenn wir im fünfzigsten Jubiläumjahr der Arbeiterwohlfahrt Betrachtungen über ihre Arbeit anstellen, dann ist es wohl richtig, auf einen Punkt zu verweisen, der von Anfang an von großer Bedeutung war: das ist der enge Zusammenhang zwischen praktischer Sozialpolitik und der Tätigkeit der Frauen in diesem Bereich.

„Wer sich mit dem Wesen und der Geschichte der Frauenbewegung beschäftigt, der weiß, daß Frauenprobleme und soziale Fragen nicht voneinander zu trennen sind“, so heißt es in dem von Marie Juchacz und *Johanna Heymann* herausgegebenen Tätigkeitsbericht der Arbeiterwohlfahrt im Jahre 1924. Die Gründer der Arbeiterwohlfahrt gingen u. a. auch von dem Gedanken aus, daß in der Frauenbewegung viele Kräfte stecken, die für das öffentliche Leben nutzbar gemacht werden können. Diese Feststellung ist auch heute noch aktuell. Tatsächlich haben Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt dazu beigetragen, große soziale und demokratische Reserven bei den Frauen zu mobilisieren, die sonst ungenutzt bleiben würden. Das ist ein Gesichtspunkt, der auch in Zukunft eine Rolle spielen wird. Dabei wird man sich auf die Gedankengänge stützen können, die *Ludwig Preller* in seinem Buch „Sozialpolitik“ dargelegt hat. Danach kommt es in Zukunft darauf an, den Absprung zu finden von einer eng eingegrenzten „Sozialpolitik“ im konservativen Sinne, zu einer „sozialen Politik“ im fortschrittlichen Geiste, die auf alle Lebensbereiche ausstrahlt.

Wenn man überhaupt von einer besonderen Aufgabenstellung für die Frauen im Rahmen der Politik sprechen kann, dann liegt hier der Ansatzpunkt: es gilt mit ihrer Hilfe dazu beizutragen, unser gesamtes gesellschaftliches Leben im sozialen Sinne auszugestalten. Die Frauen dürfen sich dabei allerdings nicht abdrängen lassen in die Rolle des Spezialisten für „Frauenfragen“, sondern sie müssen den Mut haben, ihre Stimme mit Sachkunde auch in allen anderen Bereichen der Politik zu erheben. Wenn sie das tun, dann können sie einen wertvollen Beitrag leisten zu jener sozialen Politik, die *Preller* im Auge hat.

Die Arbeiterwohlfahrt kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich solchen — über die Grenze der Wohlfahrtspflege hinausgehenden — Gedankengängen niemals verschlossen gezeigt hat. Und hierin liegt eine ihrer Stärken. Denn die mitmenschliche Hilfe, das solidarische Handeln im privaten Verband muß einhergehen mit dem ständigen Drängen nach Verbesserung und sozialer Ausgestaltung unserer Gesellschaftsordnung. Beides erfordert staatsbürgerliche Aktivität im wohlverstandenen Sinne.